



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

### *Die politische Lage in Deutschland*

## **Trauer um gefallene deutsche Soldaten Die Koalition handelt entschlossen**

In der vergangenen Woche sind in Afghanistan bei einem feigen Anschlag von regierungsfeindlichen Kräften vier deutsche Soldaten getötet und fünf weitere verwundet worden. Erst am Karfreitag waren drei deutsche Soldaten bei einem Gefecht im Raum Kundus gefallen. Der Tod unserer Soldaten erfüllt uns mit großer Trauer. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freunden der Getöteten und Verwundeten.

Die Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz sind, leisten ihren Dienst auch für unsere Sicherheit. Ein Dienst, der den Soldaten alles abverlangt, ihren Leib und ihr Leben gefährdet, wie uns die letzten Wochen schmerzhaft vor Augen geführt haben. Es fällt uns allen, die wir Verantwortung tragen, natürlich nicht leicht, junge Soldaten in einen solchen Einsatz zu schicken. Keine Entscheidung fällt uns so schwer wie diese. Denn hinter dieser Entscheidung sehen wir alle die Gesichter, zum Teil sogar aus unseren Wahlkreisen. Für die Sicherheit unseres Landes ist der Einsatz jedoch notwendig. Aufgabe unserer Soldaten in Afghanistan ist es, die afghanische Regierung bei der Herstellung von Sicherheit zu unterstützen. Nur wenn wir ein Mindestmaß an Stabilität erreichen, kann verhindert werden, dass Afghanistan erneut zur Ausgangsbasis für global operierende Terroristen wird. Deshalb ist Deutschland an dieser Aktion beteiligt, die von den Vereinten Nationen beschlossen wurde. Und da die Völkergemeinschaft darauf angewiesen ist, dass ihre Mitglieder die Beschlüsse auch umsetzen, ist die Bundeswehr mit über 40 anderen Nationen am Hindukusch vertreten.

Der Deutsche Bundestag hat das Mandat zu diesem Einsatz immer mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit verabschiedet. Dieser breite parlamentarische Konsens ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass unsere Soldaten ihren Dienst mit der notwendigen Unterstützung aus Deutschland leisten können. Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben. Es ist deshalb nicht hinnehmbar, dass politische Kräfte in unserem Land damit beginnen, sich aus der Verantwortung für unsere Soldaten und für die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu stellen. Es ist und bleibt auch jetzt wichtig, in der sicherlich notwendigen öffentlichen Debatte über diesen Einsatz verantwortungsvoll, aufrichtig und sensibel mit diesem Thema umzugehen.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Woche war die Bewältigung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns nach wie vor große Sorgen bereitet. In den ersten Monaten der neuen Wahlperiode sind wir der Krise mit einem Maßnahmenbündel entschlossen entgegen getreten. Mit dem Beschäftigungschancengesetz wollen wir diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Die von uns angepasste Kurzarbeitergeldregelung und eine flexiblere Tarifvertragsgestaltung haben es den Unternehmen erlaubt, ihre Arbeitnehmer auch in der Krise weiter zu beschäftigen. Der Arbeitsmarkt zeigt sich deshalb außerordentlich robust. In ihrer Frühjahrsprognose rechnen die Wirtschaftsforschungsinstitute damit, dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf 8,1 Prozent in 2010 und 7,9 Prozent in 2011 sinken wird. Unseren erfolgreichen Weg setzen wir nun mit dem Beschäftigungschancengesetz fort. Die bestehende Sonderregelung zur Förderung der Kurzarbeit wird bis März 2012 verlängert und den Unternehmen damit Planungssicherheit gegeben. Darüber hinaus verlängern wir auch die Sonderregelung, dass Kurzarbeitergeld für Zeitarbeitnehmer unter den gleichen Voraussetzungen wie für andere Arbeitnehmer möglich ist.

Wir sind aber noch lange nicht „über den Berg“. Im Jahresdurchschnitt erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute 2010 noch erhebliche Risiken für die Konjunktur. Immerhin sagen sie aufgrund der Belebung der Exportnachfrage ein wirtschaftliches Wachstum von 1,5 Prozent in diesem Jahr und für 2011 von 1,4 Prozent voraus. Anders ist die Lage bei den öffentlichen Haushalten. Hier erwarten die Institute für dieses und nächstes Jahr einen Anstieg der Defizite auf 4,9 Prozent bzw. 4,2 Prozent, unter Berücksichtigung erster möglicher Konsolidierungsmaßnahmen im Haushalt 2011. Die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse verlangt nämlich ab 2011 eine jährliche zusätzliche Konsolidierung des strukturellen Defizits um rund 10 Mrd. Euro bis zum Jahr 2016. Die Experten erwarten hier einen rigorosen Sparkurs des Bundes. Unterstützung leisten die Institute für die Entscheidung der Bundesregierung und des Europäischen Rates, im Falle Griechenlands den Internationalen Währungsfonds in die möglicherweise erforderlichen Unterstützungsmaßnahmen einzubinden. Über mögliche Hilfen für Griechenland im europäischen Rahmen muss aber gesondert entschieden werden.

## Die Woche im Parlament

In dieser Woche hat die Bundesregierung drei Regierungserklärungen zu wichtigen aktuellen Themen abgegeben. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Donnerstag eine **Regierungserklärung zum Einsatz in Afghanistan** abgegeben. Bundesminister Peter Ramsauer hat im Rahmen einer **Regierungserklärung zur Sicherheit im Luftverkehr** gesprochen. Eine **Regierungserklärung zur Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im Frühjahr 2010 (Frühjahrgutachten) sowie zur turngemäßen Frühjahrsprojektion der Bundesregierung** hat Bundesminister Rainer Brüderle am Freitag abgegeben.

Mit dem in 1. Lesung anstehenden **Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen** wird die gesetzliche Grundlage geschaffen, um als Reaktion auf die Finanzmarktkrise internationale Prinzipien an angemessene und transparente Vergütungssysteme umzusetzen. Es handelt sich um die vom Financial Stability Board im Jahre 2009 entwickelten und von den G-20 gebilligten Prinzipien für Standards für solide Vergütungspraktiken. Diese sollen insbesondere im Bankbereich verhindern, dass zukünftig Vergütungsstrukturen wie z.B. Boni zu risikoreichen Entscheidungen im Management führen. Dazu werden im Kreditwesengesetz (KWG) und im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) die schon bestehenden gesetzlichen Anforderungen an das Risikomanagement von Instituten und Versicherungsunternehmen um Vorgaben für angemessene und transparente Vergütungssysteme erweitert. Gestärkt werden auch die Eingriffsrechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

In dieser Woche haben wir Einvernehmen zwischen Bundestag und Bundesregierung zum **Beitrittsantrag der Republik Island zur Europäischen Union und zur Empfehlung der EU-Kommission vom 24. Februar 2010 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen** hergestellt. Die Republik Island hat am 17. Juli 2009 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt. Nach der neuen Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon hat der Deutsche Bundestag im Falle von Beitritten zur Europäischen Union ein frühzeitiges Mitspracherecht. § 10 EUZBVG schreibt vor, dass die Bundesregierung vor einer Entscheidung im Rat das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag herstellen soll. Dieses Einvernehmen wird durch unseren Antrag bestätigt.

Das in 1. Lesung anstehende **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“** regelt die Besetzung der Sitze im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Sowohl der Stiftungsrat als auch der wissenschaftliche Beraterkreis werden erweitert, das Berufungsverfahren für den Stiftungsrat wird verbessert. Die Zahl der Mitglieder im Stiftungsrat erhöht sich von 13 auf 21, im wissenschaftlichen Beraterkreis von 9 auf bis zu 15. Die Wahl der Stiftungsratsmitglieder soll durch den Deutschen Bundestag erfolgen.

Unser Antrag **Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland** beruht auf der Erkenntnis, dass wegen der Serie gefährlicher Ereignisse mit Radsatzwellen bei ICE-Zügen sowie der Probleme bei der Berliner S-Bahn Verbesserungen bei der Sicherheit der Eisenbahnen erforderlich sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept für die Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen vorzulegen.

Unser Antrag **Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung** stellt die aus unserer Sicht in der Berufsbildung zu setzenden Schwerpunkte zusammen. Durch frühzeitigeres Ansetzen im Schulbereich (Berufsorientierung, Berufsberatung, individuelle Begleitung) soll leistungsschwächeren Jugend-

lichen der Übergang in eine Berufsausbildung ermöglicht werden. Mit Blick auf den im Herbst zu verlängernden Ausbildungspakt enthält der Antrag einen Appell an die Gewerkschaften, sich an der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu beteiligen und ihren eigenständigen Beitrag für eine verbesserte Berufsausbildung zu leisten.

In 2. und 3. Lesung stand das **Zweite Gesetz zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes** zur Verabschiedung an. Dieses dient der 1:1 Umsetzung der Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie (Richtlinie 2007/65/EG) im Hinblick auf das Verbot des Sponsorings und der Produktplatzierung durch Tabakunternehmen. In Ergänzung der bereits bestehenden Werbe- und Sponsoringverbote nach dem Vorläufigen Tabakgesetz werden u.a. für Filme, Fernseh- und Radiosendungen ein Verbot des Sponsorings durch Tabakunternehmen und ein Verbot der Produktplatzierung zugunsten von Tabakerzeugnissen oder Tabakunternehmen geregelt.

## Daten und Fakten

**Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“ steigt:** Die deutschen Exporte haben im Februar 2010 überraschend deutlich zugelegt. Die Ausfuhren wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 Prozent. Insgesamt wurden im Februar Waren im Wert von 70 Mrd. Euro exportiert. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren damit gegenüber dem Januar um 5,1 Prozent zu. Die Außenhandelsbilanz schloss im Februar mit einem Überschuss von 12,6 Mrd. Euro ab. Im Februar des Vorjahres hatte der Saldo noch 8,9 Mrd. Euro betragen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Aufwendungen für Arzneimittel steigen stärker als Gesundheitsausgaben:** In Deutschland betragen die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie damit um 9,9 Mrd. Euro oder um 3,9 Prozent. Für Arzneimittel wurden im Jahr 2008 von allen Ausgabenträgern gut 43,2 Mrd. Euro ausgegeben (+1,6 Mrd. Euro; +3,7 Prozent). Dabei wurden die stark überdurchschnittlichen Ausgabenanstiege für Arzneimittel der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung von einem Rückgang der Zahlungen der privaten Haushalte, z.B. im Bereich der Selbstmedikation, abgeschwächt. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum (2000-2008), so wird deutlich, dass die Aufwendungen aller Ausgabenträger für Arzneimittel mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von 4 Prozent deutlich stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben (+2,7 Prozent) wachsen. Bei sich eher konstant entwickelnden Preisen und rückläufigen Mengen wird der Ausgabenanstieg für Arzneimittel insbesondere durch die sogenannte Strukturkomponente (hier: Substitution eines Medikamentes durch ein indikationsgleiches, jedoch neueres und aufgrund des Patentschutzes meist teureres Arzneimittel) angetrieben.

(Quelle: Statistisches Bundesamt; GKV-Arzneimittelindex).



**Landesgruppe  
Niedersachsen**

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Vorsitzender:**

Michael Grosse-Brömer MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 – 227 79498

Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de

Internet: www.lg-nds.de